

Die Waffenplatz-Initiative aus der Sicht von Gemeindebehörden

Autor(en): **Schallberger, Leo / Muheim, Ferdinand**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **159 (1993)**

Heft 5

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-62408>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Waffenplatz-Initiative aus der Sicht von Gemeindebehörden

Die Initiative verlangt bezüglich Bau und Betrieb von militärischen Anlagen eine Gleichstellung mit zivilen Bauten. Damit würde die Errichtung militärischer Anlagen dem kantonalen und kommunalen Planungs- und Baupolizeirecht sowie den entsprechenden Bewilligungsverfahren unterstellt. Komplizierte und langwierige Baugesuchs- und Bewilligungsverfahren mit jahrelangen Verzögerungen und Einspruchsmöglichkeiten wären die Folge. Der Leidtragende wäre der Soldat, der unter untragbaren Verhältnissen (veraltete Unterkünfte, mangelhafte sanitärische Einrichtungen) seinen Militärdienst leisten müsste.

Es ist absehbar, dass mit einer allfälligen Annahme der Initiative die militärische Bautätigkeit zunehmend erschwert und schliesslich verunmöglicht würde.

(Aus den Argumenten der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee) G.

Moral, Ausrüstung und Ausbildung sind die drei Säulen der Wehrkraft. Die Initiative verbietet die Neuerrichtung und Erweiterung von Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen. Das heisst, sie verhindert den Ersatz und die Anpassung von veralteten und ausgedienten Anlagen. Für eine zeitgemässe und effiziente Ausbildung dringend nötige Ausbauprojekte und Sanierungsvorhaben können nicht realisiert werden. Auch die Umstellung von Übungsplätzen im Gelände auf mehr Simulationsanlagen – eine erklärte Absicht für die künftige Ausbildung – wäre verunmöglicht. Unsere Milizsoldaten könnten langfristig infolge untragbarer Ausbildungsbedingungen nicht mehr genügend ausgebildet werden.

Die «Waffenplatzinitiative» aus der Sicht des Gemeinderates

Der Gemeinderat Oberdorf NW kämpft mit Vehemenz die «Waffenplatzinitiative», die als überrissen und in keinem Verhältnis stehend bezeichnet werden muss.

Seit nunmehr 20 Jahren hat die hiesige Kaserne ihren festen Platz in unserer Gemeinde. Hier werden alljährlich rund 600 Wehrmänner der Geb Inf Schulen 11/211 in den militärischen Belangen ausgebildet. Wehrmänner, die sich vorwiegend aus der Zentralschweiz, dem Berner Oberland und dem Wallis rekrutieren. Es ist festzustellen, dass diese jungen Mitbürger während ihrer RS eine gute Beziehung zum Waffenplatz, zur Gemeinde und zur Region entwickeln. Dies zeigt sich einerseits beim Kader, das seinen Grad in der Kaserne Oberdorf abverdienen will und andererseits bei den ehemaligen Rekruten, die ihre Zugsanlässe alljährlich beim «Tag der Angehörigen» begehren.

Es liegt auf der Hand, dass eine gute Schulführung mit modernen Ausbildungsanlagen zusammen mit einer wohlwollenden Bevölkerung, wie dies in unserer Gemeinde der Fall ist, der Schlüssel zum Erfolg für ein konstruktives «Nebeneinander» bedeutet. So ist es möglich, im gegenseitigen guten Einvernehmen voneinander direkt zu profitieren.

Denken wir an die Soforthilfen nach den verheerenden Unwettern zu Beginn der 80er Jahre, die Hilfestellung bei der Ver-

wirklichung eines Teils des Wanderwegnetzes oder auch die Zurverfügungstellung der Kasernenanlage für Gemeindeanlässe und vieles mehr von seiten des Militärs. Ebenso unterstützen Bevölkerung und Behörden die Truppenangehörigen, wenn immer möglich, in ihrer Aufgabe.

Selbstverständlich ist uns der Erhalt der Arbeitsplätze auf dem gesamten Waffenplatz ein wichtiges Anliegen. So bieten die Kasernen- und Zeughausanlagen rund 30 Beschäftigten (Instruktoren und Angestellten) eine – bis anhin sichere – Arbeitsstelle.

Ebenso partizipieren am Militär die örtlichen Restaurationsbetriebe, die Zulieferer und der Handel in einem nicht zu unterschätzenden Masse.

Es sind aber nicht in erster Linie die wirtschaftlichen Überlegungen, welche uns zu einem überzeugten «Nein» führen, sondern es ist offensichtlich, dass diese Initiative die Schwächung und später die Abschaffung unserer Armee zum Ziele hat. *Unser Ziel ist es jedoch, in einem freien Land politische Verantwortung zu tragen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.*

Freiheit, die nicht verteidigt werden kann, ist nur eine halbe Freiheit. Wir brau-

chen eine gesunde und starke Armee, welche in modernen Kasernen und Übungsanlagen mit möglichst wenig Zeitaufwand unsere jungen Mitbürger und eine vernünftige Zahl Mitbürgerinnen zu tauglichen Soldaten ausbilden kann.

Wir hoffen, dass eine starke Mehrheit des Schweizer Volkes klar sieht und die Initiative verwerfen wird.

Leo Schallberger, Gemeindepräsident Oberdorf NW

Tourismus und Militär bringen Arbeitsplätze und Verdienst

Eine steinerne Pfeilspitze und ein paar römische Münzen sind Zeugen aus der Frühgeschichte des alpinen Linkstaales auf 1430 m bis 1540 m über Meer. Im Jahre 1309 wurde Andermatt erstmals urkundlich erwähnt. Walser gründeten im Urserental, welches seit etwa 800 zum Kloster Disentis gehört, Kolonien, so unter anderem Andermatt. Nachdem ab 1830 der Gotthardpass und ab 1866 auch Furka- und Oberalp pass befahrbar waren, lebte Andermatt als Ferien-, Kur- und Handelsort mächtig auf. Nach der Eröffnung der Gotthardbahn 1882 erlitt Andermatt einen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Aber bereits 1895, mit der Gründung des Waffenplatzes Andermatt, trat neu das Militär als stabilisierender Wirtschaftsfaktor in Erscheinung. Nachdem gleichzeitig auch der Tourismus aufgebaut wurde, hatte Andermatt bereits um 1900 seine wirtschaftliche Struktur, welche es bis heute beibehalten hat. Die zwei gewichtigen Wirtschaftszweige, Tourismus und Militär, prägen das Geschehen des Urserentals also seit fast 100 Jahren. Wenn ich heute als Präsident des Verkehrsvereins in der Vergangenheit schaue, muss ich mir als verantwortlicher des Tourismus einige Gedanken machen. Es wird uns von Aussenstehenden immer wieder vorgeworfen, wir hätten die Zeichen der Zeit nicht erkannt, und der Zug für eine erfolgreiche touristische Zukunft sei schon längst abgefahren. Schuld an diesem negativen Trend sei vor allem die grosse militärische Präsenz, welche sich immer wieder negativ auf die Entwicklung des Tales ausgewirkt habe. Der Einzug des Tourismus in die Bergwelt ist aber nicht so ungestört und problemlos vor sich gegangen, wie man es auf Grund der schönen Geschichte vom Tourismus als Lebensretter vermuten könnte. Er hat nicht nur Vorteile und Nutzen gebracht, sondern auch Kosten und Schäden entstehen lassen. Er hat zunehmend Gefahren heraufbeschoren, die in vielen Orten schon bedrohlich sind. Je mehr der Tourismus wächst, desto mehr wird er zur beherrschenden wirtschaftlichen Kraft. Schlussendlich wird das gesamte Wirtschaftsleben eines Gebietes von ihm abhängig sein. Eine einbeinige Wirtschaft ist jedoch viel leichter zu Fall zu bringen als eine mehrbeinige. Noch anfälliger ist diese Wirtschaft dann, wenn es sich bei diesem einen Bein um den Tourismus handelt. Denn er ist im Unterschied zum Militär konjunktur- und krisenempfind-

Am 6. Juni 1993

**2 x Nein
zur Armee-Abschaffung
in Raten**

lich. Er reagiert auch spürbar auf andere äussere Einflüsse wie zum Beispiel auf politische Ereignisse in Herkunftsgebieten der Gäste oder auf die schlechte Laune des Wettergottes, auch wenn man ihm nachsagt, er sei in neuerer Zeit gegen solche Schwankungen widerstandsfähiger geworden, bleibt folgendes wahr: wenn es im Sommer über das Mass regnet, im Winter der Schnee weg bleibt, der Wechselkurs des Schweizer Frankens ansteigt, eine Regierung im Ausland die Devisenausfuhr beschränkt, falls sich die Wirtschaftslage in Touristen-Einzugsgebieten verschlechtert, die Arbeitslosigkeit zunimmt, gespart werden muss oder noch tiefergreifende Wirtschaftskrisen, gar kriegerische Ereignisse die Länder und die Welt erschüttern und die Grenzen geschlossen werden, geht der Tourismus zurück oder bleibt im schlimmsten Fall sogar ganz aus. Auch hat man auf solche Schwankungen praktisch keinen Einfluss. Was bleibt, ist die Hoffnung, all dies möge nicht geschehen. Mit grosser Überzeugung glaube ich heute sagen zu dürfen, dass sich hier Militär und Tourismus optimal ergänzen. Die Zusammenarbeit der beiden Partner darf als Musterbeispiel gesamtschweizerisch angesehen werden.

Es ist für uns heute eine Selbstverständlichkeit, dass militärische und touristische Anlässe frühzeitig geplant und koordiniert werden. Es ist selbstverständlich, dass unsere Dorfvereine, welche ein wichtiges Glied in unserer Gemeinde bilden, ihre

Anlässe zu günstigen Konditionen in der gut ausgebauten Infrastruktur des Waffenplatzes durchführen dürfen. Dank dem sanften Ausbau des Waffenplatzes, welcher erfreulicherweise mit dem Umweltschutzpreis 1992 des Kantons Uri ausgezeichnet wurde, sind wir heute in der Lage, militärische und zivile Grossanlässe in Andermatt zu organisieren. Im letzten Jahr wurden in Andermatt über 200 000 militärische Übernachtungen gezählt sowie über 50 Ferienlager von meist Jugendlichen aus dem In- und Ausland in unseren heimeligen Militärunterkünften durchgeführt. Aus eigener Erfahrung glaube ich sagen zu dürfen, dass viele dieser Leute als potentielle Gäste für die Zukunft eine grosse Anzahl ausmachen werden. Ein zufriedener Wehrmann wird auch als Zivilist gerne wieder einmal, vielleicht auch mit seiner Familie, Ferien bei uns verbringen. Ein erfreulicher Aspekt zeichnet sich auch im Hinblick auf die Armeereform 95 ab. Nach vorläufigen Aussagen des Armeeausbildungschefs wird es voraussichtlich auf dem Waffenplatz Andermatt keine Reduktionen der Belegungszahlen geben. Auch ist bei den Mitarbeitern des Bundesamts für Genie und Festung im Raum Platz Andermatt vorderhand kein wesentlicher Abbau vorgesehen. Dank der grossen Initiative der zentralen Gebirgskampfschule wird zurzeit ein Plan ausgearbeitet, worin Andermatt zum Zentrum des militärischen Wintersportes ausgebaut werden soll. Es werden Möglichkeiten geprüft, neben mi-

litärischen und zivilen Verbänden auch ausländischen Mannschaften Gelegenheit zu bieten, in Andermatt ihre Trainingslager zu absolvieren. Dank der zentralen Lage unseres Ortes werden heute schon viele Biathlonkurse in Andermatt durchgeführt. Es bleibt nun zu hoffen, dass das gute Verhältnis zwischen Waffenplatz und Tourismus bestehen bleibt, denn es wird hier im Urserental nur eine *gemeinsame* erfolgreiche Zukunft geben.

Ferdinand Muheim,
Gemeinderat und
Präsident Verkehrsverein Andermatt

Gegen eine Schweiz ohne Schutz

Gesamtschweizerische Kundgebung in Bern

Samstag, 22. Mai 1993
Bundesplatz
Dauer 15 bis 16 Uhr
Eintreffen ab 13 Uhr

Auch wir Offiziere sind dabei

Weil wir auch morgen die Freiheit bewahren.

2x Nein am 6. Juni 1993
zur Armeeabschaffung in Raten.

Nein zur Anti-Waffenplatz-Initiative
Nein zur Flugzeugverhinderungs-Initiative

Pro + Libertate

Pro + Libertate

macht keine Konzessionen.

**Helfen Sie uns,
die Unabhängigkeit
zu bewahren.**

Plakate A4
Postkarten
Kleber

100 Ex. 20.-
100 Ex. 10.-
100 Ex. 10.-

zuzügl. Versandkosten

PRO LIBERTATE

**Schweizerische Vereinigung
für Freiheit - Demokratie -
Menschenwürde**

Postfach 3000 Bern 11
Postcheckkonto 30-26847-0